

holding the politicians accountable and would thus have fostered progress, *Lazarević* opted for the long-term approach and found the lack of a concrete time frame an indecisive factor for the success of the process. She pointed out that the “negotiation dialogue process is not the industry of peace”, leaning towards the opinion that the “real” work needs to be done on the ground. However, it was also emphasized by the panellists that not having a time frame can lead to another ten years being spent without tangible progress being achieved.

An aspect that aligned the opinions of the speakers were the observed double-faced politics by both Serbia and Kosovo. *Bjeloš* highlighted the “I accepted but I did not sign”-momentum perpetuated by the Serbian side as a counter narrative to the act of reaching the March agreement. The substantial rise of antagonistic tendencies was emphasized by *Lazarević*, who stressed that the further Kurti and Vučić were advancing with the negotiations, the more frustration and hostility between the two societies rose. The two dimensions appear to be evident in this regard. For one, both leaders seem to negotiate and act in a synchronized manner, but at the same time they actively fuel hatred and cultural non-communication. *Emini* further pointed out that genuine commitment is required from both sides for sustainable progress to be possible. Six months ago, neither party had wanted to join the process, but

thanks to the efforts by the European Union (EU) and the United States a new momentum for dialogue has been set in motion. There is an inherent issue with this approach according to *Emini*, as there is no local ownership by the Balkan politicians for the Franco-German proposal. Thus, the agreement feels imposed and the responsibility to implement it is put into question.

In terms of Serbia’s short-term future, *Bjeloš* was of the opinion that Serbia will focus on internal issues in the upcoming period. She noticed that the president has already started the election campaign and that forces in Serbia intend to avoid spending energy and time in yet another unproductive negotiation. However, Serbia has not moved closer to the EU despite the agreement and in that sense needs to work on improving its rule of law and democracy principles.

Lastly, the three panellists agreed to the greatest extent on the point that the negotiation process needs to include civic societal actors from both countries. Until now, the dialogue between Kosovo and Serbia has only taken place on state level, with mainly politicians in the spotlight. Not enough efforts have been devoted to the coming together of people because if the agreement strives to be successful, it will have to include the human dimension into the process as well.

Podiumsdiskussion

20 Jahre nach dem Attentat – Was bleibt von Zoran Đinđić?

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft/Zweigstelle Halle in Kooperation mit dem Seminar für Slavistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Landesvertretung Sachsen-Anhalt, Berlin, 14. März 2023

Bericht von Željana Tunić, Halle (Saale)

Einleitung

Durch den russischen Angriff auf die Ukraine hat die Frage, ob und wie sich die Länder des westlichen Balkans in die Strukturen der Europäischen Union integrieren lassen (möchten), eine neue Dringlichkeit erhalten. Zugleich sind

die Hindernisse auf diesem Weg unverkennbar, wie insbesondere das Beispiel Serbien zeigt. Nationalistischer Populismus, die Verweigerung einer in der Gesellschaft breit wirkenden kritischen Aufarbeitung der eigenen Kriegs- und Gewaltgeschichte und schließlich das Lavieren

zwischen den außenpolitischen Akteuren Russland, China und EU lassen derzeit eine dauerhafte und nachhaltige politische Annäherung Serbiens an die Länder der EU wenig realistisch erscheinen. Die Podiumsdiskussion nahm den zwanzigsten Jahrestag der Ermordung des serbischen Premierministers Zoran Đinđić zum Anlass, um über diese Fragen in einer zeitgeschichtlichen Perspektivierung zu sprechen.

Die Person Đinđićs stellt für eine solche Reflexion einen besonders geeigneten Ausgangspunkt dar. Wie kein anderer Politiker stand er für die europäische Integration Serbiens, aber auch für die regionale Zusammenarbeit der Westbalkanländer. Schon als Student im sozialistischen Jugoslawien geriet er mit dem Regime in Konflikt, setzte sein Studium in der alten Bundesrepublik fort und war damals von der Ideenwelt der Frankfurter Schule beeinflusst. Er sympathisierte Anfang der 1980er Jahre mit den Startbahn-West-Protesten, wandelte sich nach seiner Rückkehr nach Jugoslawien 1989 aber zu einem Anhänger des Liberalismus westeuropäischer Prägung. Als Mitbegründer und späterer Vorsitzender der Demokratischen Partei (Demokratska stranka, DS) wurde er zur führenden Figur des politischen Widerstands gegen das Regime von Slobodan Milošević, an dessen Sturz im Jahr 2000 er maßgeblich beteiligt war. Als Ministerpräsident stand Đinđić für einen Kurs der Westorientierung, Demokratisierung und marktwirtschaftlichen Liberalisierung, ermöglichte im Jahr 2001 die Auslieferung Miloševićs an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, sendete aber immer wieder auch am politischen Mainstream in Serbien orientierte nationalistische Parolen aus.

Angesichts der möglichen symbolischen Bedeutung der Biografie Đinđićs stellt sich die Frage, ob die Erinnerung an ihn in der Öffentlichkeit und in politischen Debatten immer noch eine Rolle spielt. Sind seine politischen Ideen im heutigen Serbien noch anschlussfähig, insbesondere was die Frage einer möglichen EU-Integration betrifft? Birgt eine Bezugnahme auf ihn ein Potenzial für eine Stärkung der serbischen Zivilgesellschaft? Und wie lässt sich das politische Wirken Đinđićs rückblickend einordnen?

Grußwort

Diese Fragen griff auch *Manuel Sarrazin* (Sondergesandter der Bundesregierung für den Westbalkan und Präsident der Südosteuropäergesellschaft) in seinem zuvor online aufgezeichneten Grußwort auf. Sarrazin charakterisierte die vergangenen zwanzig Jahre als eine Zeit der verpassten Chancen, welche die jetzige Bundesregierung und die politische Elite Brüssels beschleunigt versuchten, nun doch noch zu ergreifen. Den Westbalkanländern sei zu lange eine realistische Beitrittsperspektive zur Europäischen Union vorenthalten worden. Dieser Perspektivmangel habe es Russland und China ermöglicht, in der Westbalkanregion ihre Einflussphären zu erweitern. Für Đinđić sei eine klare pro-europäische Orientierung zentral gewesen, weshalb er als ein positiver Bezugspunkt für eine Erweiterung der EU auf die Westbalkanländer dienen könne. Dies begründe auch die besondere Bedeutung dieser Veranstaltung anlässlich seines zwanzigsten Todestages. Man solle, forderte Sarrazin, offensichtlicher die Bedeutung positiver Symbolfiguren wie Đinđić betonen, nicht zuletzt, weil man seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vermehrt Zeuge geschichtsrevisionistischer Umdeutungen geworden sei.

Diskussion

Die anschließende Podiumsdiskussion wurde von der Moderatorin und Organisatorin der Veranstaltung, Jun.-Prof. Dr. *Željana Tunić* (Seminar für Slavistik / Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), durch die Frage eröffnet, wie man einer Person, die zum ersten Mal von Zoran Đinđić hört, in wenigen Sätzen erläutern könne, wer er gewesen sei. *Antje Müller* (Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin) antwortete, Đinđić sei einer der wenigen Politiker, mit dem sie sich gerne einmal zum Abendessen getroffen hätte, weil er anscheinend ein Gesprächspartner gewesen sei, mit dem man offen hätte diskutieren können. Diese intellektuelle Offenheit sei das Besondere an Zoran Đinđić gewesen. *Nemanja Rujević* (Deutsche Welle, Bonn) sprach von einer Glorifizierung Đinđićs, die nach seiner Ermordung stattgefunden habe. Dies habe dazu geführt, dass er eine mythische Figur geworden sei, die wenig mit dem real existierenden Menschen zu tun habe. Ein Resultat dieses unkritischen Gedenkens sei eine

diffuse Vorstellung vom Verstorbenen, so dass sich inzwischen unterschiedlichste Personen auf ihn beriefen und seine Verdienste im eigenen Interesse umdeuteten.

Prof. Dr. *Wolfgang Höpken* (Historisches Seminar, Universität Leipzig), der hierbei auf persönliche Zusammentreffen mit Đinđić rekurierte, bemerkte, er habe diesen als charismatischen Politiker in Erinnerung, der seine Worte allerdings stets an das jeweils adressierte Publikum angepasst habe. Dieser Machtpragmatismus sei, so Höpken, das Prägendste im politischen Handeln Đinđićs gewesen, dabei gebe es keinen Unterschied zwischen Đinđić als Oppositionspolitiker und als Ministerpräsident der Republik Serbien. Als Geschichtswissenschaftler mahnte Höpken an, dass man bei der Beurteilung der Verdienste Đinđićs immer kontextualisieren und die konkrete historische Konstellation berücksichtigen müsse.

Nemanja Rujević bemerkte, dass in Serbien genau dies in der öffentlichen Erinnerung an Đinđić fehle. Selbst der 5. Oktober 2000, der Tag, an dem das Regime Slobodan Miloševićs gestürzt wurde, spiele inzwischen im öffentlichen Gedenken an Đinđić keine Rolle mehr. Wenn sich die gegenwärtige serbische Regierung über diesen Tag äußere, dann schildere sie ihn als einen von ausländischen Mächten initiierten und finanzierten Putsch, bei dem einige Verrückte das Parlament gestürmt und dort randaliert hätten, was Erinnerungen an den Sturm des Kapitols im Januar 2021 wachrufe. Interessanterweise werde dabei das positive Bild Đinđićs nicht in Frage gestellt, obwohl dieser an der Organisation der Massenproteste federführend beteiligt war. Dies zeige eine sehr selektive Erinnerung an Đinđić.

Antje Müller berichtete in diesem Zusammenhang über ihre Eindrücke von der Arbeit mit Jugendlichen im Rahmen des Zoran-Đinđić-Stipendienprogramms des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Das Programm unterstützt junge Menschen aus den Westbalkanländern bei der Suche nach und Absolvierung von Praktika in Deutschland. Diese Vermittlungsarbeit sei ein Beitrag für die Verbesserung der Berufsperspektiven von Jugendlichen aus diesen Ländern und insofern im Sinne Đinđićs, so

Müller. Sie betonte, dass sie bei der Auswahl der Kandidat*innen Wert darauf lege, dass diese gewisse Kenntnisse über die Person des Geehrten besäßen. Immer wieder aber müsse sie feststellen, dass der historische Kontext seines Wirkens den Bewerber*innen nicht präsent sei. Für die meisten sei Zoran Đinđić einfach nur ein besonderer, pro-europäischer Politiker, der für die Vision eines „normalen“ Serbiens gestorben sei.

Wolfgang Höpken ergänzte, dass Đinđić habituell wie ein europäischer Politiker gewirkt habe, eine Außendarstellung, die in Westeuropa und den USA positiv aufgenommen worden sei. Er verglich Đinđić mit den serbischen Liberalen des 19. Jahrhunderts, die ein Wertesystem, das sie sich im Ausland angeeignet hatten, an das patriarchale Umfeld des damaligen Serbiens anzupassen versuchten. *Nemanja Rujević* griff das Bild der Normalisierung und der Hoffnung auf: Dies sei es, was die meisten Menschen in Serbien mit Đinđić verbänden. Er widersprach der Ansicht, Đinđić sei ein Visionär gewesen und fügte hinzu, jedes Mal müsse er an die Worte Helmut Schmidts denken: Wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen. *Wolfgang Höpken* skizzierte abschließend das serbische Geschichtsbild als selbstreferenziell mit einer Tendenz zur Selbstviktimsierung und plädierte für die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, denn nur so gebe es auch eine sinnvolle Erinnerung an Zoran Đinđić.

Fazit

Die Wahrnehmung Đinđićs im heutigen Serbien, so der Tenor der Podiumsdiskussion, ist ambivalent. Das Bild des pro-westlichen Politikers und einstigen Hoffnungsträgers scheint weiterhin greifbar zu sein. In der Breite wirkende konkrete politische Botschaften, die einen Weg in eine Zukunft Serbiens jenseits des momentan vorherrschenden nationalistischen und paternalistischen Autoritarismus weisen könnten, verbinden sich mit der Erinnerung an ihn derzeit für die meisten aber nicht.